

## Weiterhin schwarze Listen im Kanton St. Gallen

**Krankenkasse** Die St. Galler Regierung hat einen Vorstoss aus dem Kantonsrat unterstützt, der die Abschaffung der schwarzen Listen mit den Namen säumiger Zahler von Krankenkassenprämien verlangt. Dennoch wollte am Schluss die Mehrheit des Kantonsrats die Listen beibehalten.

Die Bilanz der schwarzen Listen fällt ernüchternd aus, hatte die St. Galler Regierung in ihrer Stellungnahme im Vorfeld zum Vorstoss der SP-Grünen-Fraktion betont, in dem eine Abschaffung verlangt wurde. So habe sich die Zahlungsmoral nicht verbessert. Zugleich hätten die Kosten trotz der Liste laufend zugenommen.

### Juristisch herausfordernd

Weiter verwies die Regierung auf rechtliche Probleme. Ende April gab es dazu einen Gerichtsentscheid. Ein Krankenversicherer hatte sich geweigert, die Kosten für eine Frau zu übernehmen, die im St. Galler Kantonsspital ein Kind geboren hatte. Das St. Galler Versicherungsgericht hielt dazu fest, die Entbindung sei im Zeitpunkt des Eintritts ins Spital unaufschiebbar gewesen. Die Krankenkasse wurde in dem inzwischen rechtskräftigen Urteil dazu verpflichtet, die Rechnung zu übernehmen.

In der Debatte im Kantonsrat sprach sich die FDP für die schwarze Liste aus. Die Argumente der Regierung seien nicht stichhaltig. Gegen die Abschaffung argumentierte auch der Sprecher der CVP-GLP-Fraktion. Die SVP erklärte, die Liste habe eine präventive Wirkung. Indessen sagte die Sprecherin der SP-Grünen-Fraktion, in der Verfassung werde das Recht auf medizinische Versorgung garantiert. Man solle die Liste aufheben.

Schliesslich wurde die Abschaffung der schwarzen Listen von der Mehrheit des Kantonsrats mit 78 gegen 27 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. (sda)

## Ratssplitter

### Bettina Bucher, Nonverbales

Die Redezeit im Rat ist begrenzt; es gilt: je effizienter, desto besser. Das dürfte sich SVP-Fraktionspräsident Michael Götte gedacht haben, als er «die Fraktionspräsidentin der SP-Grünen Bettina Bucher» adressierte. Und kurzerhand aus den Co-Präsidentinnen Bettina Surber und Laura Bucher eine Person machte. (kbr)

Nonverbale Kommunikation im Rat: Wenn FDP-Präsident Raphael Frei mit süffisanten Lächeln den Kopf schüttelt,



dann ist garantiert SP-Mann Peter Hartmann am Mikrophon. Und wenn Hartmann mit süffisanten Lächeln den Kopf schüttelt, ist garantiert Frei an der Reihe. (ar)

# Keine Eile beim Vertrag mit der EU

**Aussenpolitik** Ende Woche soll der Bundesrat das Rahmenabkommen der Schweiz mit der EU vorlegen. Ostschweizer Bundespolitiker warnen vor einem schnellen Abschluss – zu gross seien die Unsicherheiten.

**Adrian Vögele, Bern**  
adrian.voegel@tagblatt.ch

Diesen Freitag will der Bundesrat über das Rahmenabkommen mit der EU entscheiden. Die Zeichen stehen allerdings schlecht – derzeit ist ungewiss, ob der Vertrag in der Regierung eine Mehrheit findet. Ein grosser Stolperstein ist die Lockerung des Lohnschutzes, welche die EU fordert. Auch ein Gipfeltreffen der Bundesräte Schneider-Ammann, Cassis und Berset mit den Sozialpartnern gestern in Bern brachte keinen Durchbruch (Seite 4).

Ostschweizer Parlamentarierinnen und Parlamentarier sehen in einem raschen Abschluss des Vertrags keinen Sinn. «Mit den Sozialpartnern muss vor dem Abschluss eines Rahmenabkommens eine Einigung gefunden werden», sagt die St. Galler FDP-Ständerätin Karin Keller-Sutter. Momentan habe der Vertrag im Parlament keine Mehrheit. «Ein schneller Abschluss bringt nichts, wenn das Abkommen danach im Parlament scheitert.»

### SP gibt beim Lohnschutz nicht nach

Die Linke beharrt in diesem Streit weiterhin auf ihrer Position. Zugeständnisse beim Lohnschutz seien nicht diskutabel, sagt Nationalrätin Barbara Gysi (SP/SG): «Der Bundesrat sollte besser gar kein Abkommen vorgelegen anstatt eines, das sich gegen die Arbeitnehmer richtet. Das wäre ein Skandal.» Erst recht, da sich inzwischen auch Arbeitgeber gegen die Aufweichung der flankierenden Massnahmen wehren würden. «Es ist unverständlich, dass der Bundesrat versucht, den Rahmenvertrag gegen diesen Widerstand durchzudrücken.» Schon jetzt sei die Zahl der Lohnkontrollen beispielsweise im Kanton St. Gallen unter dem vorgeschriebenen Minimum. Auch SP-Ständerat und Gewerkschaftschef Paul Rechsteiner bekräftigt seinen Standpunkt: «Keine Konzessionen beim Lohnschutz.»

Ständerat Andrea Caroni (FDP/AR) will sich nicht inhaltlich zum Vertrag äussern, bevor



Sie sehen keinen schnellen Weg zu einem Rahmenabkommen mit der EU: Andrea Caroni (FDP/AR), Barbara Gysi (SP/SG), Roland Rino Büchel (SVP/SG) und Markus Ritter (CVP/SG).

dessen Text vorliegt. «Der Grundsatz sollte sein: Lieber ein gutes statt ein schnelles Abkommen.» Natürlich sei da und dort mit Nachteilen zu rechnen, wenn die Schweiz das Verhältnis zur EU nicht neu regle. Akut sei diese Frage aber nicht, abgesehen vom Zugang der Schweizer Börse zum europäischen Markt.

### «Warten auf die Wechsel im Bundesrat»

Auch Nationalrat Markus Ritter (CVP/SG) warnt vor einem Schnellschuss. Der Bundesrat dürfe das Parlament nicht einfach vor vollendete Tatsachen stellen, sondern müsse dieses mit einbeziehen. Das Thema Rahmenvertrag sei zu heikel für einen Alleingang der Regierung – «erst recht, wenn es jetzt um die Überschreitung roter Linien

geht.» Die flankierenden Massnahmen beispielsweise seien sakrosankt. «Wenn SVP und SP nicht hinter dem Vertrag stehen, muss man damit gar nicht erst antreten.» Sowieso gelte es jetzt zuerst, die beiden Wechsel im Bundesrat und die Neuwahl des Präsidiums des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes abzuwarten. «Die neuen Dossierverantwortlichen sollten dann die Köpfe zusammenstecken und schauen, dass sie zu einem Konsens kommen.»

Daniel Fässler (CVP/AI) ist für einen Rahmenvertrag. «Ich bin schon lange der Auffassung, dass wir unser Verhältnis zur EU klären müssen, um diesbezüglich wieder Ruhe zu schaffen.» Allerdings sei es für den Bundesrat derzeit innenpolitisch äusserst schwierig, einen Beschluss vor-



zulegen, dem dann auch zugestimmt werde. «Vielleicht ist der Leidensdruck noch zu wenig gross.» Viele hätten den Eindruck, die Schweiz habe ein solches Abkommen gar nicht nötig. «Doch wir tun gut daran, das, was uns der Bundesrat präsentiert, offen zu prüfen und nicht schon im Vorhinein zu sagen, der Vertrag komme nicht in Frage.»

### «Wir sollten die Kraft haben, Nein zu sagen»

Auch Roland Rino Büchel (SVP/SG) will zuerst sehen, was im Vertragstext steht. Es gebe jedoch klare No-Gos, beispielsweise die Lockerung des Arbeitnehmerschutzes – «da bin ich mit Paul Rechsteiner gleicher Meinung» – oder die Unionsbürgerrichtlinie. Sicher sei: «Wenn der Bun-

desrat schon ein Abkommen vorgelegt, dann muss das ein fertiges Programm sein, sodass wir wissen, was uns erwartet und entsprechend entscheiden können.» Wer einer halbfertigen, «ausbaufähigen» Lösung zustimme, gebe die Kontrolle über die Weiterentwicklung des Abkommens aus der Hand.

Markus Hausammann (SVP/TG) kann mit der Idee des Rahmenvertrags nicht viel anfangen – er plädiert dafür, den bilateralen Weg wie bisher fortzusetzen. «Wir als Parlament sollten die Kraft haben, Nein zu sagen zu einem Rahmenabkommen.» Über einen solchen Beschluss könne die EU nicht hinweggehen. Dass die SP einen solchen Rahmenvertrag ebenfalls ablehne, zeige, dass dies nicht der richtige Weg sei.

## Persönlicher Angriff auf Klöti

**Vereinbarkeit** Der Bericht der St. Galler Regierung zur familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung hat zu einer hitzigen Debatte geführt. SVP-Kantonsrat Karl Güntzel erhielt Buhrufe für sein Votum.

Der Umstand, dass die ausgezeichnete Ausbildung vieler Frauen verkümmere, sei «ein Unsinn». Dies sagte FDP-Kantonsrat Thomas Ammann gestern im St. Galler Parlament. Das Potenzial von Frauen als Mittel gegen den Fachkräftemangel war der Hintergrund des Berichts zur familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung im Kanton. Dieser wurde in einziger Lesung beraten. Alle Fraktionen unterstützten ihn, einzig eine Minderheit der SVP nicht. Dem Bericht liegt eine Infrastudie zu Grunde, die den Mangel an Betreuungsplätzen im Kanton aufzeigt. Der Versorgungsgrad von sechs Prozent liege deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt

von zehn Prozent. Die Regierung formuliert im Bericht Massnahmen, darunter ein Monitoring der Angebote in Gemeinden und der Ausbau von Tagesstrukturen (Ausgabe vom 17. November).

### SVP-Vertreter warnt vor Aktionismus

Während Dario Sulzer (SP) die finanzielle Belastung der Familien als zu hoch und die Massnahmen als «eigentlich zu zurückhaltend» bezeichnete, warnte Toni Thoma (SVP) die bürgerlichen Parteien vor gesetzlichen Pflichten zu Tagesstrukturen. Er frage sich, wo die Eigenverantwortung der Wirtschaft bleibe. Man habe ihn beschwichtigt, es sei nur eine Kenntnisnahme. Doch wer den

Bericht akzeptiere, sende ein positives Signal an die Regierung. Es brauche keinen Aktionismus in dieser Sache und schon gar keine neuen Gesetze. Regierungsrat Martin Klöti, Vorsteher des Departements des Innern, freute sich über die Eintretensdebatte.



Martin Klöti Bild: Ralph Ribi

Voller Verve führte er aus, dass der Bericht nur aufgezeigt habe, welche Möglichkeiten es gäbe. Massnahmen müssten durchs Budget. In einer Familie müssten sich zwei Elternteile organisieren. Wer wie viel arbeite, werde frei entschieden. Trotzdem sollte der Staat gute Rahmenbedingungen schaffen.

SVP-Kantonsrat Karl Güntzel bedankte sich bei Klöti für den «theatralischen Auftritt». Er sei «ein bisschen hellhörig geworden, als Klöti von beiden Elternteilen sprach. Man sollte darüber reden, was man kennt, und nicht, was man nicht kennt». Es folgten Buhrufe aus dem Parlament. Nachdem dieses mit 87 zu 24 Stimmen auf den Bericht einge-

treten war, ergriff in der Spezialdiskussion SP-Kantonsrat Martin Sailer das Wort und sagte zu Güntzel: «Sie nerven mit Ihren diskriminierenden Aussagen. Das geht nicht. Ich hoffe auf eine Entschuldigung.» Diese blieb aus. Innert Kürze war die Spezialdiskussion erschöpft. «Das ging nun sehr schnell», meinte Klöti. «Vielleicht, weil Sie den Bericht gelassen nehmen, vielleicht waren Sie aber auch geschockt, weil sich ein Mitglied des Rats ein schlechtes Zeugnis ausgestellt hat.» In Richtung Güntzel fügte er hinzu: «Ich denke, Sie haben daraus gelernt.»

**Katharina Brenner**  
katharina.brenner@tagblatt.ch